

Politische Kritik - Gefahr oder Chance? Normative Grundlagen politischer Orientierungen

Geißel, Brigitte

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Geißel, B. (2006). *Politische Kritik - Gefahr oder Chance? Normative Grundlagen politischer Orientierungen*. (Discussion Papers / Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Forschungsschwerpunkt Zivilgesellschaft, Konflikte und Demokratie, Forschungsgruppe Zivilgesellschaft, Citizenship und Politische Mobilisierung in Europa, 2006-401). Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-113855>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Brigitte Geißel*

Politische Kritik – Gefahr oder Chance?

Normative Grundlagen politischer
Orientierungen

Discussion Paper Nr. SP IV 2006-401

ISSN 1860-4315

*E-mail-Kontakt: geissel@wz-berlin.de

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH
Social Science Research Center Berlin
Reichpietschufer 50, 10785 Berlin
Federal Republic of Germany

Telefon: +49/30/25491-0
Telefax: +49/30/25491-684

E-Mail: wzb@wz-berlin.de
Internet: <http://www.wz-berlin.de>

WZB

Zitierweise

Brigitte Geißel, 2006

„Politische Kritik – Gefahr oder Chance? Normative Grundlagen politischer Orientierungen.“

Discussion Paper SP IV 2006-401, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).

Abstract

Critical citizens have been discussed controversially for many years. They are considered an indicator for the health of democracies as well as a threat to democratic stability. I will contribute some empirical evidence to this controversy and scrutinize the compatibility of the profiles of critical citizens with democratic attitudes, e.g., political knowledge, alienation, or participation. In contrast to the common definition of criticism as discontentment, I look at the normative disposition to deal with political objects and issues, i.e., the perception of political criticism as a civic duty. The empirical data revealed that citizens with this disposition participate more often, they are better informed, identify more often with politics and democracy, and their willingness to defend democracy is above average.

Zusammenfassung

Kritische Bürger werden seit Jahren kontrovers diskutiert. Einerseits gelten sie als Indikator für die Gesundheit von Demokratien. Andererseits werden sie als Bedrohung für die Stabilisierung politischer Systeme erachtet. Basierend auf Umfragedaten wird untersucht, ob die Einstellungsprofile kritischer Bürger – z.B. politische Informiertheit oder Identifikation – über- oder unterdurchschnittliche Werte im Vergleich mit unkritischen Bürgern aufweisen. Dabei steht im Gegensatz zu den meisten Studien zur politischen Kritik nicht die Unzufriedenheit im Mittelpunkt, sondern die normative Grundlagen, sich mit politischen Sachverhalten kritisch auseinander zu setzen (Kritikbereitschaft). Kritikbereite Befragte erweisen sich als besser informiert, partizipationsfreudiger und in größerem Ausmaß mit Politik und Demokratie identifiziert als Nichtkritikbereite. Auch ihre Bereitschaft, Demokratie zu verteidigen, ist überdurchschnittlich.

Inhalt

Abstract	iii
Zusammenfassung	iii
1. Einleitung und Problemaufriss	1
2. Politische Kritik	6
2.1. Konzeptionelle Zugänge: Forschungsstand und Desiderate	6
2.2. Politische Kritik: Definition und Typologie der Studie	7
3. Der ideale demokratische Bürger oder: Was ist eine demokratische Ressource?	9
3.1. Zur demokratietheoretischen Diskussion	9
3.2. Demokratieförderliche Merkmale: Auswahl der Studie	11
4. Methode und Forschungsdesign	11
4.1. Zur Datenerhebung	11
4.2. Zur Auswertung	14
5. Zur Verteilung der Typen	15
6. Profile und Merkmale politischer Typen	17
7. Diskussion und Ausblick	22
Literatur	25
Anhang I	29
Anhang II: Operationalisierung der Variablen	30

1. Einleitung und Problemaufriss

Politische Unterstützung ist, so eine zentrale sozialwissenschaftliche These, eine wichtige Ressource für die Funktionsfähigkeit und Stabilität von Demokratien (z.B. Easton 1965; Fuchs 1989). Nur eine ausreichende Unterstützung sichere die Effektivität und Legitimität eines demokratischen Regimes, die für das Zusammenleben notwendige Einhaltung von Regeln und Normen sowie die Integration der politischen Gemeinschaft (z.B. Dalton 2004: 159). Ein über Wahlperioden hinweg andauernder Verlust an politischer Unterstützung würde demokratische Institutionen schwächen, den Glauben an Demokratie erodieren und schließlich unweigerlich in eine ernsthafte Krise oder sogar in einen Zusammenbruch führen (z.B. Crozier et al. 1975).¹ Aus der Annahme dieser Zusammenhänge zwischen Unterstützung und demokratischer Stabilität wurde gefolgert, dass Unterstützung und Zufriedenheit² unentbehrliche staatsbürgerliche Tugenden und unentbehrliche Ressourcen seien. Politischer *support* stand dementsprechend bis in die 1980er Jahre im Zentrum der Forschung; von Interesse waren in erster Linie die Art und das Ausmaß politischer Unterstützung des politischen Systems, der politischen Ordnung und der Eliten (z.B. Easton 1965, ausführlich: Westle 1989: 113).

Diese Argumentation und wissenschaftliche Schwerpunktsetzung waren zwar bis in die 1990er Jahre allgemein akzeptiert, doch einige Forscher wiesen schon früh darauf hin, dass Unterstützung allein nicht ausreiche. Bereits Almond und Verba (1963) hatten Orientierungen, welche als politische Kritik interpretiert werden können, eine besondere Bedeutung zugesprochen. In ihren Augen ist beispielsweise eine naive Autoritätshörigkeit keine Tugend einer demokratischen „civic culture“. Easton (1965) wies darauf hin, dass „without some inflow of demands there would be no raw material for the system to process“ (Easton 1965: 48). Input definierte er dabei explizit zweidimensional als „demand and support“ (27), also nicht nur als Unterstützung.³ Sniderman (1981) stellte schließlich Anfang der 1980er Jahre politische Skepsis stärker in den Mittelpunkt und untersuchte, ob zu große Loyalität nicht ein ebenso großes Problem wie Entfremdung darstellen könnte: „[A]llegiance may pose at least as serious a threat to democratic politics as alienation“

1 Vergleiche zu den verschiedenen Krisen- und Zusammenbruchsszenarien, z.B. Legitimationskrisen, Nichtregierbarkeit usw. auch Kaase/Newton 1995: 17 ff.

2 Easton (1965) unterschied verschiedene Formen, Objekte und Motive politischer Unterstützung. Er und Autoren, die sich explizit oder implizit auf sein Konzept beziehen, betrachten politische Zufriedenheit als Form politischer Unterstützung (z.B. Fuchs 1989: 18; Niedermayer 2001).

3 Obwohl Easton (1965: 149) selbst die Fokussierung auf *Support* kritisierte, entwickelte er in späteren Jahren vor allem das Konzept von politischer Unterstützung weiter (vgl. Easton 1975).

(Sniderman 1981: 13). Er befürwortete Bürger, die balanciert Vorzüge und Fehler von Politikern und des „system of government“ erkennen können. Misstrauen gegenüber den politischen Eliten und dem politischen System sei ein heilsamer Teil demokratischer Praxis. So nahmen Sniderman und einige andere Wissenschaftler aus den 1960er, 1970er und 1980er Jahren Argumente vorweg, die erst Jahre nach diesen Publikationen intensiv diskutiert wurden (z.B. Citrin 1974; Parry 1976; Sniderman 1981; vgl. zum Überblick Westle 1997; Gabriel 1999: 204 f.).

Seit den 1990er Jahren setzte sich die Vorstellung von Kritik als Ressource für (die Weiterentwicklung von) Demokratie immer stärker durch. Bereits Ende der 1980er Jahre hatte Westle (1989) auf die häufig zu einseitige Diskussion verwiesen. Sie regte in ihren späteren Arbeiten noch deutlicher an, Kritik auch als „kreatives Potential“ zu werten (Westle 1997; Westle 1999: 99, Fußnote 29; siehe auch Reißig 1997). Kritik wird heute weniger als Krisenindikator und Bedrohung von Demokratie, sondern als Antriebskraft und Stimulus für politische Reformen interpretiert.⁴ Sie gilt als Indikator für die Gesundheit von Demokratie (Norris 1999: 8; Rucht 2001; Westle 1997; Dalton 2004).⁵ Demokratische Systeme hätten sich weiterentwickelt, wenn kritische Bürger die über den jeweiligen Stand hinaus gehende Umsetzung demokratischer Ideale wie Gerechtigkeit und Mitbestimmung einforderten und für institutionelle Reformen kämpften (siehe z.B. Budge 1996: 190; Axtmann 2001: 10; Inglehart/Welzel 2005). Beispielsweise betont Nye (1999), „that we should not worry too much about declining confidence in government“, denn „critical citizens are good for democracy“ (vi). Viele Autoren verweisen darauf, dass ein Blick in die Geschichte diese Annahmen bestätigt: „We can conclude that the growth of more critical citizens has increased the pressure for constitutional reforms“ (Norris 1999: 270). So habe politische Kritik zum Beispiel zur Ausweitung des Wahlrechts in allen Demokratien geführt, zur Beschränkung der Macht des House of Lords in Großbritannien und zur Veränderung des Wahlsystems in Neuseeland (Dalton 2004: 13). Regierungen würden durch kritische Bürger zur Responsivität gezwungen, und ohne eine kritische Bewertung der Eliten durch die Bürger würden sich Korruption, Selbstbereicherung und andere Formen der Misswirtschaft

4 Die Debatte um Politik- und Politikerverdrossenheit (z.B. Arzheimer 2002) wird in diesem Beitrag nicht aufgenommen.

5 Viele Autoren verweisen heute auf die Notwendigkeit einer Mischung aus Unterstützung und Kritik. Beispielsweise fordert Gabriel: „Anzustreben ist eine produktive Verbindung von Loyalität und Kritikbereitschaft“ (Gabriel 2000b: 200). Ähnlich schreibt Westle: „Gerade in der Gleichzeitigkeit von politischer Vertrauens- und Misstrauensbereitschaft [könnte] ein demokratisches Optimum liegen.“ (Westle 1997: 106)

ausbreiten (z.B. Budge 1996: 190). So rücken kritische Bürger langsam in das Zentrum des internationalen wissenschaftlichen Interesses.

In politischen Debatten der Bundesrepublik hatte der Terminus „kritischer Bürger“ seinen Zenit bereits in den 1980er Jahren überschritten. Vor allem in linksorientierten bildungspolitisch interessierten Gruppen war der kritische Bürger in den 1960er und 1970er Jahren eine wichtige Zielorientierung; spätestens seit den 1990er Jahren verlor der Begriff jedoch an Bedeutung – aus Gründen, welche an dieser Stelle nicht ausgeführt werden können. In der internationalen Forschung wurde der Terminus „critical citizen“ erst in den 1990er Jahren prominent (z.B. Norris 1999).

Dimensionen politischer Kritik

Was ist aber unter politischer Kritik und unter kritischen Bürgern zu verstehen? Wie wird politische Kritik konzeptualisiert und systematisch analysiert? Der Begriff „Kritik“ ist facettenreich und wird in der Literatur keineswegs einheitlich angewandt. Die meisten Studien definieren, operationalisieren und messen Kritik als Unzufriedenheit. Menschen, die mit dem Führungspersonal oder dem Funktionieren der Demokratie unzufrieden sind, werden als kritisch bezeichnet (z.B. Norris 1999: 269). Kritik erfassen diese Studien anhand von Fragen zur Bewertung unterschiedlicher politischer Sachverhalte – z.B. „Wie zufrieden sind Sie mit (...)?“ Auf unzufriedene Bürger werden große Hoffnungen gesetzt. Dalton (2002: 253) schreibt beispielsweise nicht unenthusiastisch, dass die gegenwärtige politische Unzufriedenheit ein historischer Schritt für die nächsten Verbesserungen demokratischer Institutionen und Prozesse sein könne: „current dissatisfaction with contemporary political systems may present another historic step in democracy’s progress (...) we might be entering a new period of democratic reform“ (Dalton 2002: 253; 2004). Klingemann vermutet in ähnlicher Weise, dass „dissatisfied democrats can be viewed as (...) a force for reform and improvement of democratic processes and structures“ (Klingemann 1999: 32). Aus der Unzufriedenheit wurden, wie beispielhaft im folgenden Zitat sichtbar wird, weit reichende Schlüsse über die demokratische Wachsamkeit der Bürger gefolgert: „So, the fact that half of the (...) respondents are dissatisfied with the performance of their democracy may indicate nothing more than the reasonable, healthy wariness of attentive democratic citizens“ (Hofferbert/Klingemann 2000: 11).

Doch sind unzufriedene Bürger per se politisch wachsame und aufmerksame Demokraten? Ist Unzufriedenheit nicht auch als Reaktion auf einen unbefriedigenden politischen Prozess zu interpretieren (z.B. Parry 1976; Hardin 1999/2002)? Eine große Anzahl an unzufriedenen Bürgern wäre aus dieser Sichtweise eher ein Beleg für ein schlecht funk-

nierendes demokratisches System, diene aber kaum als Nachweis für eine besonders wachsame, kritikbereite demokratische Bürgerschaft.

Die Vermischung der grundlegenden Bereitschaft zur Auseinandersetzung mit politischen Sachverhalten mit der tatsächlichen Unzufriedenheit erschwerte bislang die Analyse des komplexen Konstrukts „politische Kritik“. Erst die *Trennung der Realitätsbewertung (Unzufriedenheit bzw. Zufriedenheit) von der normativen Verhaltensdisposition (Kritik- bzw. Nichtkritikbereitschaft)* ermöglicht es, politische Kritik differenzierter und genauer zu erforschen (ähnlich: Westle 1997). Bezüglich der Kritikbereitschaft besteht in der bisherigen Forschung ein deutliches Desiderat. Im Gegensatz zu der üblichen Definition von Kritik als Unzufriedenheit wird deshalb in diesem Beitrag die wissenschaftlich vernachlässigte Disposition zur Auseinandersetzung mit politischen Sachverhalten, also die Kritikbereitschaft, ins Zentrum gerückt. Da vermutlich nur jene Bürger eine demokratische Ressource darstellen, welche ein demokratisches System bevorzugen, werden weiterhin die Regimepräferenzen berücksichtigt. So ergeben sich insgesamt drei Typen: *neben den Befragten mit undemokratischer Systempräferenz zwei demokratische Typen, nämlich die Kritikbereiten und die Nichtkritikbereiten.*

Offen bleibt die Frage, ob der kritikbereite Typus wirklich eine demokratische Ressource für die Weiterentwicklung von Demokratie ist. Wie kann diese These empirisch überprüft werden? In dem vorliegenden Beitrag soll nicht überprüft werden, ob kritische Bürger eine neue Ära einläuten, zu größerer Responsivität beitragen oder für das Wohlergehen von Politikern sorgen, da eine empirische Überprüfung dieser Thesen nur schwer möglich ist. Im Folgenden wird vielmehr analysiert, *welche der vorgestellten Typen Merkmale aufweisen, die als besonders demokratieförderlich interpretiert werden können.* Wenn sich beispielsweise herausstellen würde, dass kritikbereite Bürger häufig politisch entfremdet oder desinteressiert sind, so würde dies darauf hindeuten, dass dieser Typus kaum eine Ressource für die Weiterentwicklung von Demokratie sein kann. Dabei werden folgende Merkmale untersucht, die in demokratietheoretischen Ansätzen generell als zentral für die Stabilität bzw. Persistenz von Demokratien erachtet werden: politische Informiertheit, politische und demokratische Identifikation, Partizipation, politisches Kompetenzgefühl und die Bereitschaft zur Verteidigung von Demokratie. So kann festgestellt werden, welcher Typus ein deutliches demokratieförderliches Profil aufweist, also gut informiert ist, sich identifiziert und kompetent fühlt sowie partizipiert, und welcher Typus bei diesen Merkmalen eher unterdurchschnittliche Werte aufweist.

Welches Sample, welche Länder eignen sich nun besonders für eine empirische Analyse? Ein Vergleich der neuen und der alten Bundesländer verspricht einen besonderen Er-

kenntnisgewinn. Die Bundesrepublik und die DDR teilten bis Ende der 1940er Jahre eine gemeinsame Geschichte; allerdings war ihr ökonomisches und politisches System bis zur Wiedervereinigung unterschiedlich. Die politische Sozialisation verlief also in beiden Teilen Deutschlands höchst unterschiedlich. Nach der Wiedervereinigung und dem Transfer von Prinzipien sowie Institutionen⁶ (neben Eliten und Finanzen) von West nach Ost sind in der Bundesrepublik flächendeckend ähnliche Strukturen implementiert; die ökonomische Situation und die politischen Werte sowie Einstellungen unterscheiden sich jedoch nach wie vor in vielfacher Hinsicht (z.B. Berg-Schlosser/Rytlewski 1993: 4; Conradt 2002). Diese historisch einmalige Situation dürfte interessantes Material für die hier verfolgte Fragestellung bieten. In diesem Beitrag werden die Unterschiede zwischen den alten und den neuen Bundesländern jedoch aus Platzgründen nicht systematisch ausgewertet.

Der Schwerpunkt liegt auf sechs Fallstudien zur lokalen Ebene (vgl. Abschnitt 4.1). Wie in allen explorativen Studien können somit keine Thesen überprüft werden. Vielmehr wird das Forschungsfeld ausgeleuchtet, indem aus den theoretischen Überlegungen entwickelte Thesen empirisch fundiert werden. Dem explorativen Design angemessen ist dabei, dass die Diskussion von Zusammenhängen und nicht die Interpretation von Prozentwerten und Verteilungen im Mittelpunkt steht.

Zunächst wird im Folgenden der Forschungsstand zur politischen Kritik vorgestellt und eine Typologie von Gruppen mit unterschiedlichen Systempräferenzen und Kritik- bzw. Nichtkritikbereitschaft entwickelt. Anschließend diskutiere ich die Frage, welche Merkmale eines Bürgers als demokratisches Potenzial bezeichnet werden können, und beschreibe die Auswahl der Merkmale für die Analyse. Es folgt die Deskription der Methode und des Forschungsdesigns. Im empirischen Teil werden die Ergebnisse der Typologisierung vorgestellt und die Profile der Typen bivariat und multivariat berechnet. Mit der Debatte, ob das Profil des kritikbereiten Typus als Gefahr oder als demokratische Ressource interpretiert werden kann, sowie einem Ausblick schließt der Beitrag.

6 Institutionentransfer meint den Transfer der bundesdeutschen Wirtschafts- und Sozialordnung sowie des Regierungssystems mit seinen Rechts- und Verfahrensregeln einschließlich der grundlegenden Organisationsstrukturen (Eisen/Kaase 1996: 11).

2. Politische Kritik

2.1. Konzeptionelle Zugänge: Forschungsstand und Desiderate

In der Forschung zur politischen Kritik gehört die Edition von Norris (1999) zu den einschlägigen Publikationen, wobei der Begriff Kritik bei ihr sowie bei allen anderen Autoren der Edition synonym für Unzufriedenheit und Misstrauen steht. Wie bereits Easton (1965) verweist Norris (1999) darauf, dass die Unzufriedenheit je nach Objektbezug vermutlich unterschiedliche Konsequenzen hat.⁷ Unzufriedenheit mit Politikern, mit herrschenden Parteien oder der derzeitigen Regierung sind einem gleichsam „natürlichen“ Wandel unterzogen und werden meistens als unproblematisch für die Demokratie betrachtet – sofern sie sich nicht auf die gesamte politische Klasse bezieht. Ob die Unzufriedenheit mit politischen Institutionen demokratieförderlich oder demokratiegefährdend ist, wird demgegenüber kontroverser diskutiert. Einerseits wird vermutet, dass eine schwindende Unterstützung von politischen Institutionen eine beunruhigende Entwicklung ist. Andererseits kann diese Entwicklung positiv gesehen werden, wie bereits in der Einführung angedeutet wurde. Diese Diskussion ist noch nicht abgeschlossen. Positive Potenziale werden generell ausschließlich den Bürgern mit der Präferenz für ein demokratisches System zugesprochen.

Anknüpfend an die Differenzierungen sind in der Literatur verschiedene Systematisierungen zu (un)zufriedenen Bürgern zu finden. Hofferbert und Klingemann (2000) differenzieren beispielsweise zufriedene Demokraten, unzufriedene Demokraten und Nichtdemokraten. Als *zufriedene Demokraten* werden jene bezeichnet, die ein demokratisches System bevorzugen und mit der real existierenden Demokratie zufrieden sind.⁸ Die *unzufriedenen Demokraten* bevorzugen ein demokratisches System, sind aber unzufrieden mit dem Funktionieren der bundesrepublikanischen Demokratie. Die *Nichtdemokraten* wiederum sind weder von demokratischen Prinzipien überzeugt noch sind sie mit der herrschenden Demokratie zufrieden. Sie lehnen Demokratie nicht völlig ab, unterstützen sie aber auch nicht. Schließlich werden in der Literatur noch die Antidemokraten genannt, welche demokratische Prinzipien explizit ablehnen (Hofferbert/Klingemann 2000). Niedermayer (2001) nennt in seiner Typologie demokratischer Orientierungen explizit „kritische Demokraten“, wobei auch er Kritik weitgehend als Gegensatz von Zufriedenheit betrachtet (Niedermayer

7 Norris (1999: 10) unterscheidet zwischen „political community, regime principles, regime performance, regime institutions, and political actors“.

8 Gabriel (2002) definiert in ähnlicher Weise jene Bürger als „loyale Demokraten“, die demokratische Prinzipien befürworten, eine Diktatur ablehnen und mit der bundesrepublikanischen Form der Demokratie zufrieden sind.

2001: 91). Er unterscheidet vier Typen: die zufriedenen Demokraten, die politikkritischen Demokraten, die das Funktionieren der Demokratie negativ bewerten, die systemkritischen Demokraten, die mit dem Funktionieren der Demokratie und der konkreten politischen Ordnung unzufrieden sind, sowie die Antidemokraten.

In der Literatur sind jedoch nicht nur Studien zu finden, welche politische Kritik als „politische Unzufriedenheit“ definieren, sondern, wie in der Einleitung diskutiert wurde, auch den Aspekt der *Kritikbereitschaft* bearbeiten (Westle 1997). Die normative Disposition der Kritikbereitschaft meint die grundsätzliche Bereitschaft eines Bürgers, gegenüber politischen Sachverhalten wachsam zu sein und sich kritisch mit diesen auseinander zu setzen. Ein kritikbereites Individuum betrachtet diese Wachsamkeit als grundlegende Aufgabe eines guten Staatsbürgers (z.B. ebd.: 106). Kritikbereitschaft ist längerfristig internalisiert und gehört für die kritikbereiten Bürger zum „inneren Inventar“. Erst bei gegebenem Anlass kann sie in Unzufriedenheit umschlagen. Möglich wäre es somit, dass sich eine „Umwandlung“ der Kritikbereitschaft in Unzufriedenheit niemals vollzieht. So kann ein Individuum generell kritikbereit sein und Kritikbereitschaft als staatsbürgerliche Tugend betrachten, aber aktuell mit allen politischen Sachverhalten zufrieden sein. Der betreffende Bürger wäre demnach ein zufriedener Bürger – allerdings mit einem Staatsbürgerverständnis, welches auf einer kritischen Wachsamkeit beruht.

Vice versa setzt die tatsächliche politische Unzufriedenheit keine normative Disposition zur Auseinandersetzung mit Politik voraus. Auch ein Bürger, der *Folge- und Unterstützungsbereitschaft* als wesentliche staatsbürgerliche Tugenden betrachtet, kann mit der realen Situation unzufrieden sein. Seine Unzufriedenheit existiert ohne eine grundlegende Disposition zur politischen Wachsamkeit. Er könnte sich beispielsweise eine Demokratie mit „guten Eliten“ und „guten Institutionen“ wünschen, in welcher eine wachsame, kritikbereite Bürgerschaft unnötig wäre. Seine subjektive Staatsbürgerrolle schließt Kritikbereitschaft nicht ein. Während zur Unzufriedenheit eine Vielzahl an Publikationen vorliegt, ist über die Kritikbereitschaft weniger bekannt.

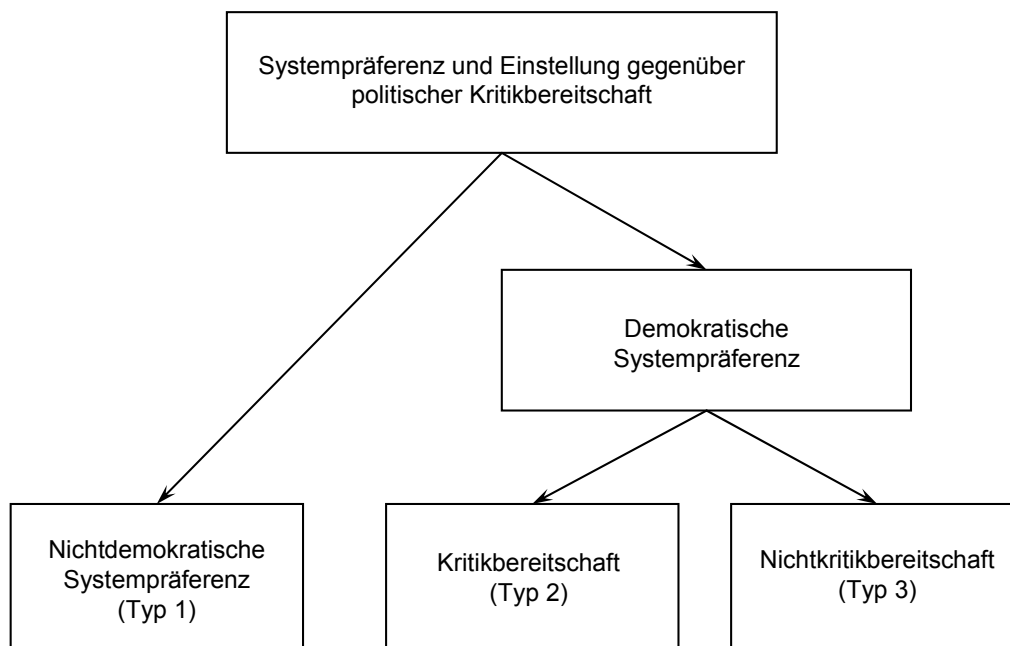
Kritikbereitschaft ist somit ein Phänomen, das quer zu den klassischen Konzepten von Unterstützung und Zufriedenheit einerseits und Unzufriedenheit andererseits liegt. Sie wird von keinem dieser Konzepte erfasst, denn sie kann sowohl zur Zufriedenheit als auch zur Unzufriedenheit führen.

2.2. Politische Kritik: Definition und Typologie der Studie

Politische Kritik wird in dieser Studie anhand der zwei Dimensionen „Systempräferenz“ und „normative Disposition“ (Kritik- oder Folgebereitschaft) definiert. Zunächst wird

zwischen Personen mit demokratischer und undemokratischer Systempräferenz unterschieden.⁹ Die Befürworter eines demokratischen Systems werden anschließend unterteilt in kritikbereite und nichtkritikbereite Personen. So ergeben sich insgesamt drei Typen (siehe Abbildung 1).

Abbildung 1: Systematik der Typen



Die zentrale Frage dieses Artikels lautet, ob Kritikbereitschaft und demokratieförderliche Merkmale, z.B. politische Kompetenz oder Partizipation, kompatibel sind, ob kritikbereite Bürger bezüglich ihrer Merkmale also eine demokratische Ressource oder eher eine Gefahr darstellen. Um diese Frage beantworten zu können, muss zunächst diskutiert werden, welche Merkmale wichtig für demokratische Systeme sind und als demokratische Ressource betrachtet werden können.

⁹ Auf eine differenzierte Analyse der Befragten mit nichtdemokratischer Systempräferenz in Kritikbereite und Nichtkritikbereite wird verzichtet, weil die Darstellung sonst überkomplex wäre.

3. Der ideale demokratische Bürger oder: Was ist eine demokratische Ressource?

3.1. Zur demokratietheoretischen Diskussion

Debatten über die idealen Merkmale eines „guten“ Bürgers und einer „guten“ Bürgerin sind so alt wie die Diskussion um Demokratie. Viele politische Philosophen, Sozialwissenschaftler und nicht zuletzt Bildungsexperten versuchten seit über zwei Jahrtausenden, Merkmale eines „homo democraticus“ und einer „femina democratica“ normativ zu setzen (Schmitz 2000), empirisch zu erfassen (Almond/Verba 1963) oder didaktisch umzusetzen (Westheimer/Kahne 2004). In der Literatur wird eine Fülle an „guten“ Eigenschaften eines Bürgers genannt, z.B. Patriotismus, Verantwortungsübernahme in der Familie, offenes Ego, ausgewogene psychische Struktur, Gesetzestreue, Rücksichtnahme, Gemeinwohlorientierung oder Sozialkompetenz (z.B. Westheimer/Kahne 2004; Berg-Schlosser 2002; Heater 2004; Thompson 1970). Viele dieser Merkmale sind jedoch nicht unbedingt als demokratische Ressourcen zu betrachten, sondern entsprechen den idealen Bürger-Merkmalen auch in nichtdemokratischen Systemen. Beispielsweise ist Patriotismus nicht nur auf Demokratien beschränkt und kann auch undemokratische Züge annehmen. „Gute“ Eigenschaften und Aktivitäten, wie beispielsweise die Verantwortungsübernahme in der Familie, dürften die Funktionstüchtigkeit der meisten politischen Systeme stärken und können nur bedingt als speziell förderlich für Demokratien bezeichnet werden. In Demokratien müssten also spezifische Merkmale eine Rolle spielen, die nur in demokratischen Systemen notwendig und funktional sind.

Über diese idealen *demokratieförderlichen* Merkmale eines Bürgers besteht nur partielle Einigkeit. Die Idealvorstellung eines demokratischen Bürgers und die Frage, welche Merkmale als demokratische Ressource gelten können, hängen vom jeweiligen Demokratieideal ab. Unterschiedliche Demokratieideale bedingen Differenzen bei den Vorstellungen, wie ein idealer Bürger aussehen sollte. Die folgende Diskussion greift aus heuristischen Zwecken auf die beiden Traditionen „repräsentations- und partizipationsorientierte Demokratietheorie“ zurück. Anhand dieser Gegenüberstellung können unterschiedliche Bürgerideale besonders gut herausgearbeitet werden.

Theorien, die vor allem die repräsentativen Elemente von Demokratie betonen, fokussieren eher die idealen Charakteristika und Aufgaben des politischen Führungspersonals. Sie stellen gleichwohl klare Anforderungen an einen idealen demokratischen Bürger. Schumpeter (1950), einer der bekanntesten Vertreter dieser Richtung, beschreibt als eine der Bedingungen für den Erfolg der „demokratischen Methode“, dass die Wählerschaft auf „hohem intellektuellem und moralischen Niveau“ sein müsse, um „gegen Angebote von Schwind-

lern und Querulanten gefeit zu sein“ (Schumpeter 1950: 467 f.). Politische Informiertheit, die ausreicht für eine gute Eliteauswahl, zählt er also zu den zentralen Merkmalen von Bürgern in demokratischen Systemen. Ein guter demokratischer Bürger vollzieht weiterhin den Wahlakt, kümmert sich aber dann bis zur nächsten Wahl kaum mehr um Politik. Nach der erfolgten Wahl sei es die Aufgabe der Bürger, die Arbeitsteilung zwischen sich und den von ihnen gewählten Politikern zu akzeptieren: Die Bürger müssten einsehen, dass „die politische Sache“ nach der Wahl eine Angelegenheit der Politiker ist und nicht mehr eine Angelegenheit der Bürger.¹⁰ Als demokratieförderlich gelten somit ein Mindestmaß an politischer Informiertheit, ausreichendes politisches Kompetenzbewusstsein (internal efficacy) sowie eine hinreichende Identifikation mit der „demokratischen Methode“ für den Gang zur Wahlurne und die Wahlbeteiligung selbst.

Vertreter partizipatorischer Demokratietheorien wie Pateman (1970) oder Barber (1984) betonen demgegenüber die Bedeutung einer aktiven, involvierten und informierten Bürgerschaft mit hohem politischen Kompetenzgefühl, die eine starke Identifikation mit dem demokratischen Prozess aufweist. Als demokratieförderliche Merkmale gelten jene, die geeignet sind, die Anpassungsprozesse des politischen Systems an neue Anforderungen durch eine starke Beteiligung der Bürger zu forcieren¹¹: Partizipation, Identifikation mit Demokratie und Politik, Informiertheit und Kompetenzbewusstsein sowie die Bereitschaft zur Demokratieverteidigung.

Ähnliche ideale Merkmale von Bürgern in Demokratien lassen sich auch bei den „Vätern“ der politischen Kulturforschung Almond und Verba (1963) finden. Die Autoren betonen, dass „the informed, involved, rational, and active citizen“ häufiger in funktionierenden Demokratien gefunden wird als in weniger erfolgreichen (Almond/Verba 1963: 339). „The passive citizen, the nonvoter, the poorly informed or apathetic citizen – all indicate a weak democracy“ (Almond/Verba 1963: 338).

10 Mit unterschiedlichen Argumenten kann begründet werden, dass die politische Elite ohne Einmischung der Bürger regieren und die Bürger den Politikern vertrauen sollte: Argumentiert wird erstens, dass die politischen Eliten das Gemeinwohl erkennen und verwirklichen würden und deshalb das Vertrauen der Gemeinschaft verdienen, und zweitens gemeinsame Interessen von politischen Eliten und Wählern unterstellt. Drittens wird eine Delegation von Regierungsgewalt aus pragmatischen Gründen eingefordert (Gabriel 1999: 203 ff.).

11 Demokratische Stabilität, oder in den Worten Eastons „Persistenz“, ergibt sich aus dieser Perspektive durch Wandel, welcher von den Bürgern initiiert wird. Normen, Werte und die sich daraus entwickelnden Institutionen sind zwar einerseits allgemein verbindlich, können aber andererseits auch immer wieder neu diskutiert werden, oder in den Worten von Cohen (1999), „[they] can be challenged, revised, and redeemed, or reinforced through critique“ (222-3).

3.2. Demokratieförderliche Merkmale: Auswahl der Studie

In allen Theorien wird davon ausgegangen, dass Demokratien der Partizipation bedürfen, zumindest der Teilnahme an Wahlen. Über den Sinn einer weitergehenden Beteiligung herrscht zwar Dissens, aber eine Demokratie, die nur aus politisch passiven Bürgern besteht, wird in keiner Theorie angestrebt. Partizipation erscheint somit als ein Merkmal, das – unter Einschränkungen der demokratischen Zielrichtung – als demokratieförderlich betrachtet werden kann (van Deth 2003: 167 f.). Als zweites Merkmal ist *politische Informiertheit* zu nennen. Die Frage, wie viel politisches Wissen Bürger haben, haben können oder haben sollen, wird zwar kontrovers diskutiert, aber ein Mindestmaß wird von allen Ansätzen als notwendig für ein demokratisches System erachtet. Wähler sollen zumindest so gut informiert sein, dass sie eine begründete, sinnvolle Auswahl des politischen Führungspersonals treffen können. Ein drittes, in der Literatur weitgehend einheitlich als demokratieförderlich betrachtetes Merkmal ist die *Identifikation* mit demokratischen Prinzipien sowie ein Verhältnis zur Politik, welches als nichtentfremdet bezeichnet werden kann. Demokratietheorien aller Couleur erachten demokratische politische Identifikation der Bürger als Grundlage eines demokratischen Systems oder – in anderen Worten – die Entfremdung von Politik und Demokratie wird generell als demokratiegefährdend betrachtet (Reef/Knoke 1999). Viertens ist die *internal efficacy* zu berücksichtigen. Ein idealer demokratischer Bürger sollte sich zumindest insoweit politisch kompetent fühlen und von seinen eigenen politischen Fähigkeiten überzeugt sein, dass er wählen geht. Eine Bevölkerung mit extrem niedrigem Kompetenzgefühl dürfte Schwierigkeiten haben, sich als Demokratie zu etablieren (z.B. Sniderman 1975; Almond/Verba 1963; Reef/Knoke 1999; Vetter 1997).

So werden Partizipation, politische Informiertheit, demokratische politische Identifikation bzw. Nichtentfremdung und *internal efficacy* als Merkmale betrachtet, die in Beziehung zum Konstrukt demokratische Ressource stehen. Die Bereitschaft zur Verteidigung von Demokratie wird diesem Kanon hinzugefügt.

4. Methode und Forschungsdesign

4.1. Zur Datenerhebung

Im Mittelpunkt meines Beitrags steht die lokale Ebene. Dies lässt sich zum einen forschungspraktisch begründen, denn nur zu dieser Ebene liegen für Deutschland die notwendigen Daten vor. Zum anderen bietet sich die Fokussierung an, da die lokale Ebene bei Umfragen in der Regel vernachlässigt wird, während ihr ein wichtiges Sozialisationspotenzial zukommt (z.B. Almond/Verba 1963). Auch konnte Vetter (2002: 619) empirisch bestä-

tigen, dass die lokale Ebene ein „beträchtliches lokales Legitimationspotenzial“ innehat, „das der Entfremdung der Bürger von der Politik (...) entgegenwirken kann“. Die Bedeutung der lokalen Ebene für demokratische Konsolidierung und Weiterentwicklung spiegelt sich aber kaum in der Forschung wider.

Das vorliegende Projekt ist, wie viele Arbeiten der lokalen Forschung, einem Paradigma verpflichtet, welches zwar einerseits genaue Informationen über die untersuchten Kommunen liefern will, andererseits aber auch theoretische Interessen über die jeweilige Gemeindestudie hinaus verfolgt. Das empirische Material wird zwar auf lokaler Ebene erhoben, aber es werden allgemeine sozialwissenschaftliche Fragestellungen bearbeitet und generelle sozialwissenschaftliche Ansätze angewandt. Hinter diesem Zugang steht die Annahme, dass diese Konzepte nicht auf eine einzige politische Ebene beschränkt sind (siehe auch Gabriel et al. 1997: 10). Erfreulicherweise waren in der Erhebung alle Fragen zur lokalen Ebene, soweit möglich, parallel zur nationalen Ebene gestellt worden. So konnten die Ergebnisse zur lokalen Ebene mit jenen zur nationalen Ebene verglichen werden. Die Aussagen der Interviewten zu beiden Ebenen ähneln sich sehr; dasselbe gilt dementsprechend für Verteilungen und Zusammenhänge. Insgesamt ließen sich diese Ergebnisse zur lokalen Ebene auf der nationalen Ebene bestätigen.

Bei der Auswahl der zu untersuchenden Kommunen wurde eine Beschränkung auf jeweils ein Bundesland in Ost- und Westdeutschland vorgenommen, um störende landestypische Besonderheiten konstant zu halten. Die Wahl fiel auf jeweils drei Verwaltungseinheiten unterschiedlicher Größe in den Bundesländern Sachsen-Anhalt und Nordrhein-Westfalen, denn sowohl über die ausgewählten Kommunen Nordrhein-Westfalens als auch über jene in Sachsen-Anhalt liegen einige Forschungsarbeiten vor. Es wurden Bewohner aus drei ostdeutschen und drei westdeutschen Städte/Kreise per computerunterstützten Telefoninterviews befragt (N = 2000): zwei Großstädte (Köln, Halle), zwei mittelgroße Städte (Jülich, Dessau) und zwei Landkreise (Oberbergischer Kreis und Saalkreis).¹² In diesen Städten

12 Gegenüberstellungen zwischen ost- und westdeutschen Kommunen sind aufgrund der unterschiedlichen Größen per se problematisch. In den neuen Bundesländern überwiegen generell (verwaltungstechnisch) kleine Gemeinden, während in den alten Bundesländern seit den 1960er Jahren im Zuge der Gebietsreform mit der Neugliederung von Verwaltungseinheiten größere kommunale Einheiten geschaffen worden waren. Ein Vergleich zwischen ost- und westdeutschen Kommunen aufgrund des rein statistischen Kriteriums „Anzahl der Einwohner“ würde wissenschaftliche Artefakte produzieren, denn Relevanz, Stellung und Funktion von Kommunen mit ähnlicher Einwohnerzahl unterscheiden sich in Ost und West. Die Auswahl der Erhebungsgebiete musste also nach anderen Kriterien erfolgen. So wurde in beiden Bundesländern jeweils die größte Stadt (Köln und Halle) gewählt. In Halle wie in Köln sind große Universitäten angesiedelt, und beide Städte stellen somit Anziehungspunkte für ihren Umkreis dar. Die mittelgroßen Städte Jülich und Dessau differieren ebenfalls hinsichtlich ihrer Einwohnerzahl. Sie verfügen jedoch beide über Fachhochschulen, künstlerische und Forschungseinrichtungen und sind national wie international

und Kreisen wurden 2000 Bürger über 18 Jahre, die sowohl bei den Kommunal- als auch den Bundestagswahlen wahlberechtigt waren, befragt. Die Datenerhebung wurden im Rahmen des Projekts „Lokale Eliten“ des SFB 580 „Gesellschaftliche Entwicklungen nach dem Systemumbruch. Diskontinuität, Tradition und Strukturbildung“ an der Martin-Luther Universität Halle-Wittenberg durchgeführt und von der Deutschen Forschungsgemeinschaft finanziert.

Die Untersuchung erfolgte per computerunterstützter Telefoninterviews (CATI). Die erste Auswahlstufe, die Auswahl der Haushalte, erfolgte in Anlehnung an das von Häder und Gabler (1998) entwickelte Design zur Stichprobenziehung bei Telefoninterviews (vgl. ausführlich zum Verfahren Geißel 2003: 29-30). Die zweite Auswahlstufe, die Auswahl der interviewten Person, basierte auf dem „Geburtstagsverfahren“, d.h. im angewählten Haushalt wurde nach der Person gefragt, deren Geburtstag zeitlich am nächsten zum Interviewtermin lag. Eine Befragung der Person, die das Gespräch entgegen nahm, hätte aufgrund des unterschiedlichen Telefonverhaltens verschiedener Bevölkerungsgruppen (z.B. bezüglich des Geschlechts oder des Alters) zu Verzerrungen geführt. Die Datenerhebung begann im Herbst 2002 und endete im Januar 2003. Insgesamt wurden 47197 Telefonanschlüsse als Stichprobe ausgewählt. 76,5 % dieser Anschlüsse fielen aus (z.B. weil die Nummern nicht existierten oder Faxnummern waren). Das Netto-Sample betrug somit 11089 Telefonanschlüsse. 2016 Interviews wurden realisiert, was einer Ausschöpfungsquote von 18,2 % entspricht.

Die Frage, ob das interviewte Sample die Grundgesamtheit der wahlberechtigten Bürger in den sechs Kommunen widerspiegelt, ist nur schwer zu beantworten, da nur wenige statistische Daten zu den meisten Kommunen vorliegen. Zum Beispiel existieren nicht für alle Kommunen Informationen über das Bildungsniveau, die Altersverteilung oder das durchschnittliche Einkommen. Werden die Befragten allerdings mit vorhandenen Daten auf *Länderebene* verglichen, lässt sich eine relativ gute Abbildung der Grundgesamtheit feststellen. Bezüglich der Einkommensstruktur entspricht das befragte Sample in etwa dem durchschnittlichen Monatsnettoeinkommen in den neuen beziehungsweise alten Bundesländern. Hinsichtlich des Bildungsabschlusses sind, wie bei den meisten Befragungen, Personen mit höherem Bildungsabschluss etwas stärker vertreten als es ihrem Durchschnitt

für ihre Spezifika bekannt: Dessau für das „Bauhaus“ und Jülich für das Jülicher Forschungszentrum. Beide Orte haben somit eine spezifische, auch international wirkende Anziehungskraft. Die ausgewählten Kreise wiederum befinden sich beide in der Nähe der untersuchten Großstädte.

entspricht. Es wurden 50,1 % Männer und 49,9 % Frauen befragt. Die Untersuchung ist als Fallstudie angelegt; somit ist der Zugang explorativ.

4.2. Zur Auswertung

Bei der Operationalisierung konnte bis auf eine Ausnahme, die Identifikation, auf etablierte Fragen zurückgegriffen werden. Zur Berechnung der Typen sowie einige der Merkmale wurden Indices konstruiert. Für die Indexbildung gibt es keine festen Vorschriften, allerdings „Hilfsmittel“ zur empirischen Fundierung, z.B. Faktoranalysen (Schnell/Hill/Esser 1999: 165 f.; Opp et al. 1984; siehe Abschnitt 5). Ein generelles Problem bei der Indexbildung ist die Zuweisung der Ausprägungskombinationen zu einem bestimmten Indexwert (z.B. Opp et al. 1984). Wie im Folgenden deutlich wird, wäre eine einheitliche, schematisch-mathematische Zuordnung nicht angemessen. Vielmehr gibt es starke theoretische Argumente für die spezifischen Zuweisungen (vgl. Abschnitt 5 und Anhang II). Das Vorgehen kann am besten mit dem Verfahren der *multiplikativen Indexbildung* verglichen werden, bei welchem ebenfalls aufgrund theoretischer Vorüberlegungen entschieden wird, dass eine bestimmte Ausprägung einer Variable vorhanden sein muss oder nicht vorhanden sein darf, damit die jeweiligen Indexwerte zugeordnet werden (Schnell/Hill/Esser 1999: 166; Opp et al. 1984).

Die Profile werden per bivariatem und multivariatem Verfahren berechnet. Die ausgewählten Merkmale stehen vermutlich miteinander in Beziehung und so ist zu prüfen, ob die mit Hilfe eines bivariaten Verfahrens erkennbaren Beziehungen auch bei einer multivariaten Analyse bestehen bleiben (Modell 1, Tabelle 2). Als Kontrollfaktoren werden in einem zweiten Modell soziodemographische Variablen hinzugefügt. So kann überprüft werden, ob die Zusammenhänge auch unter Einbeziehung dieser Hintergrundvariablen erhalten bleiben (Modell 2, Tabelle 2). Da die Typen ein nominales und die Variablen zur Erfassung der demokratieförderlichen Merkmale teilweise ordinales, teilweise binäres Skalenniveau haben, sind die statistischen Analysemöglichkeiten begrenzt. Die multinomiale logistische Regression ermöglicht es, Daten mit unterschiedlichen Skalenniveaus in Beziehung zu setzen. Obwohl sie eine Zuordnung in abhängigen und unabhängigen Variablen verlangt und eine derartige Zuordnung im Rahmen dieses Beitrags nicht diskutiert wird, habe ich mich aufgrund dieser „Skalentoleranz“ für das Verfahren entschieden. Es ist bei der Interpretation allerdings darauf zu achten, dass in dieser Studie keine Erklärungsmodelle, sondern Zusammenhänge geprüft werden.

Multinomiale logistische Regressionen bieten einige „Fallstricke“ bei der Interpretation: Die größte Fehlerquelle besteht bei logistischen Regressionen generell darin, dass die Koeffizienten keine Auskunft über lineare Steigungen geben und deshalb *nicht* wie Koeffizien-

ten der linearen Regression interpretiert werden können. Werden nicht nur zwei Gruppen, sondern mehrere Gruppen untersucht, so birgt dies eine zusätzliche Schwierigkeit: Bei der multinomialen logistischen Regression kann eine Untersuchungsgruppe nur im Verhältnis zu einer Referenzgruppe analysiert werden. Die Regressionskoeffizienten informieren über das *Wahrscheinlichkeitsverhältnis (odds ratio)* des Auftretens eines Ereignisses gegenüber der jeweiligen Referenzgruppe (ausführlich: Backhaus et al. 2003: 431). Der Effektkoeffizient kann somit je nach Referenzgruppe positiv oder negativ sein, je nachdem ob die Wahrscheinlichkeit des Ereigniseintritts *im Vergleich mit der Referenzgruppe* größer oder kleiner ist (mit statistischem Vokabular und mathematischem Formelnachweis z.B. bei Brüderl 2000: 637). Diese an sich logische, aber auf den ersten Blick und ohne genauere Kenntnis des Verfahrens unplausibel erscheinende Möglichkeit ist gemeint, wenn in Lehrbüchern geschrieben wird, dass die Interpretation der Koeffizienten von multinomialen logistischen Regressionen sehr kompliziert sei.

Die Effekte der als unabhängig definierten, nicht metrischen Variablen werden bei multinomialen logistischen Regressionen ebenfalls immer gegenüber einer Referenzausprägung geschätzt, d.h. die Koeffizienten variieren bei jeder Ausprägung. Die Darstellung von Variablen mit jeweils mehreren Ausprägungen und die Interpretation der entsprechenden Koeffizienten sind somit aufwändig und unübersichtlich. Deshalb werden bei diesem Verfahren die Daten häufig auf zwei Ausprägungen umkodiert (z.B. Brüderl 2000: 640-641). Dichotome Variablen erleichtern auch die Vergleichbarkeit der Regressionskoeffizienten.

Die beschriebenen Interpretationsprobleme mögen ein Grund für die relativ geringe Verbreitung von logistischen Regressionen in der Bundesrepublik sein. Allerdings sind logistische Regressionen in den USA weit verbreitet und gehören in führenden, empirisch orientierten sozialwissenschaftlichen Zeitschriften zu den häufigsten Statistik-Modelltypen (Urban 1993: 6 f.).

5. Zur Verteilung der Typen

Die Berechnung der Typen erfolgt wie beschrieben durch eine Form der multiplikativen Indexbildung: Die *Systempräferenz* wird anhand zweier Items zu nichtdemokratischen Regierungsformen (Einparteiensystem, Notstandsdictatur) gemessen (siehe Anhang II). Bei der Berechnung reicht bereits die Bevorzugung einer undemokratischen Systemform aus, um als „nichtdemokratisch“ eingestuft zu werden. Dieses Vorgehen erscheint gerechtfertigt, da eine Person, die entweder für ein Einparteiensystem oder für die „Ein-Personen-Entscheidung“ plädiert, kaum als demokratisch zu bezeichnen ist. Nach dieser Berechnung präferieren 17 % der befragten Bürger ein undemokratisches System, welche im Folgenden

als „Nichtdemokraten“ bezeichnet werden (siehe Anhang I, Tabelle 3). Dieser Prozentsatz entspricht weitgehend anderen Umfrageergebnissen. Beispielsweise befürworteten im Jahr 2003 19,7 % der Thüringer eine Diktatur (Billerbeck 2003).

Zur Operationalisierung von *Kritikbereitschaft* beziehe ich mich auf eine Studie von Westle (1997) und fragte nach der Bereitschaft zur Wachsamkeit gegenüber Politikern und der Bereitschaft zum Protest gegen ungerechte Vorhaben der Institutionen Stadtrat beziehungsweise Kreistag. Die Disposition der Befragten, sich mit politischen Sachverhalten auseinander zu setzen, ist insgesamt auf einem recht hohen Niveau; in allen befragten Städten und Kreisen überwiegen die kritikbereiten Bevölkerungsgruppen. Die Bereitschaft zur Kritik gegenüber Politikern erreicht den höchsten Wert¹³ und die Protestbereitschaft ist mit 73 % zwar noch sehr hoch, wird aber seltener als Bürgerpflicht verstanden (siehe Anhang I, Tabelle 4). Als kritikbereit werden jene Personen charakterisiert, die sowohl die Bereitschaft zur Kritik an Politikern als auch an den Institutionen als Bürgerpflicht anführen. Die übrigen Befragten erhalten die Bezeichnung nichtkritikbereit. Unter den Befragten mit einer demokratischen Systempräferenz ist der kritikbereite Typus mit 51,3 % in der Mehrzahl, 22,7 % sind nichtkritikbereit.¹⁴

Die Operationalisierung der ausgewählten Merkmale Partizipation, Informiertheit, Identifikation, Kompetenzbewusstsein und Demokratieverteidigung soll hier nicht detailliert vorgestellt werden. Sie ist im Anhang II zu finden. Es wurde eine Faktoranalyse mit allen angewandten Items durchgeführt (Hauptkomponentenanalyse, Rotationsmethode: Varimax mit Kaiser-Normalisierung; erklärte Gesamtvarianz: 53,5 %). Alle Items laden auf den erwarteten Faktoren bzw. Dimensionen, die Überlegungen zur Indexkonstruktion ließen

13 Dabei kann das Ergebnis von Westle (1997: 123) bestätigt werden, dass ein Zusammenhang zwischen hoher Folgebereitschaft gegenüber Politikern und geringerer Befürwortung demokratischer Freiheiten existiert. Personen, die Wachsamkeit gegenüber Politikern nicht als Bürgerpflicht erachteten, waren auch in der vorliegenden Studie beispielsweise signifikant häufiger der Ansicht, dass eine Demokratie ohne Opposition und ohne Anregung der Bürger möglich ist.

14 Knapp 10 % der Befragten konnten aufgrund von Missings nicht ausgewertet werden.

sich somit bestätigen.¹⁵ Lediglich das Item ‚Beteiligung bei der letzten Kommunalwahl‘, welches von über 90 % der Befragten bejaht wurde, streut breit über alle Faktoren.¹⁶

Die Kritikbereitschaft ist bei den Befragten, welche ein demokratisches System bevorzugen, und jenen, die für ein nichtdemokratisches System plädieren, in ähnlicher Weise vertreten. Die Prozentpunktdifferenz zwischen beiden Gruppen beträgt lediglich drei Punkte und ist nicht signifikant. Die Bereitschaft, Kritik zu üben, ist in dem befragten Sample nicht an die Präferenz für ein demokratisches System gebunden.¹⁷ Doch dieses Ergebnis sagt noch nichts darüber aus, welche Profile die verschiedenen Typen auszeichnen und ob der eine oder andere Typus zum Beispiel durch überdurchschnittliche politische Informiertheit oder starke politische Identifikation hervorsteicht. Festgestellt wurde lediglich, dass weder Kritikbereite noch Nichtkritikbereite generell ein demokratisches bzw. undemokratisches System bevorzugen.

6. Profile und Merkmale politischer Typen

Welche Charakteristika zeichnen nun die einzelnen Typen aus? Unterscheiden sich ihre Profile? Und welche Typen weisen in besonders starkem Maß jene Merkmale auf, welche als demokratieförderlich erachtet werden? Tabelle 1 gibt einen Überblick über die bivariaten Zusammenhänge zwischen Typen und den demokratiefreundlichen Ausprägungen der ausgewählten Merkmale. Alle Zusammenhänge sind signifikant.

Systematische Unterschiede zwischen den Typen sind in der bivariaten Analyse deutlich zu erkennen. In der Gruppe der Kritikbereiten sind die ausgewählten demokratieförderlichen Merkmale überdurchschnittlich häufig vertreten, wobei die Unterschiede zwischen den nichtkritikbereiten und den kritikbereiten Demokraten zwischen 1 und 14 Prozentpunkte betragen. Partizipation, hier definiert als politisches Engagement über den Wahlakt hinaus, ist bei den kritikbereiten Demokraten am deutlichsten ausgeprägt; 91 % von ihnen sind

15 Es ist nicht erstaunlich, dass auch die Items zur Erfassung von „Partizipation“ und „Disposition der Kritikbereitschaft“ auf unterschiedlichen Faktoren laden. Beispielsweise ist aus der Umweltsociologie hinlänglich bekannt, dass zwischen normativen Dispositionen (z.B. „Es ist wichtig, etwas für die Umwelt zu tun“) einerseits und spezifischer Handlungsbereitschaft und Verhalten andererseits kein oder bestenfalls ein geringer Zusammenhang besteht (z.B. de Haan/Kuckartz 1996: 107). Von einer Beziehung zwischen der generellen Bereitschaft, sich mit politischen Sachverhalten auseinanderzusetzen, und Partizipation kann somit nicht a priori ausgegangen werden.

16 Die Items zur Messung der Partizipation jenseits des Wahlakts teilten sich auf in zwei unterschiedliche „Partizipations-Faktoren“. Da jedoch hier nur von Interesse war, ob über den Wahlakt hinaus partizipiert wurde, wurden beide Faktoren zusammengefasst.

17 Eine differenzierte Analyse der Befragten mit nichtdemokratischer Systempräferenz, welche die Inkonsistenz ihres Demokratieverständnisses aufzeigen würde, kann hier nicht erfolgen.

politisch engagiert. Damit sind sie aktiver als die Nichtkritikbereiten sowie die Befragten mit undemokratischer Systempräferenz.¹⁸ Sie sind auch am häufigsten bereit, Demokratie zu verteidigen. Unter den Kritikbereiten ist der höchste Prozentsatz an politisch gut informierten Personen zu finden. Dasselbe gilt für die demokratische und politische Identifikation. Die Kritikbereiten haben ebenfalls ein höheres politisches Kompetenzgefühl als die anderen Gruppen, wengleich der Unterschied zu den nichtkritikbereiten Demokraten vernachlässigbar ist.

Tabelle 1: Verteilung demokratieförderlicher Merkmale nach Typen, Angaben in Prozent

	Kritikbereite Demokraten (N = 1036)	Nichtkritikbereite Demokraten (N = 458)	Undemokratische Systempräferenz (N = 344)
Starke Partizipation	75	65	66
Bereitschaft zur Demokratie-Verteidigung	91	77	84
Gute Informiertheit	67	62	57
Starke Identifikation: Demokratie	88	85	76
Starke Identifikation: Lokale Politik	70	66	44
Starkes Kompetenzgefühl	71	70	55

Quelle: DFG-Projekt (SFB 580) „Gesellschaftliche Entwicklungen nach dem Systemumbruch. Diskontinuität, Tradition und Strukturbildung“, Teilprojekt: „Lokale Eliten“, eigene Berechnung.

Insgesamt ist also – so das Ergebnis der bivariaten Analyse – Kritikbereitschaft nicht nur kompatibel mit einem demokratieförderlichen Profil, sondern die entsprechenden Merkmale sind gerade beim kritikbereiten Typus am stärksten ausgeprägt. Die Differenzen zwischen den kritikbereiten und den nichtkritikbereiten Demokraten unterscheiden sich dabei sowohl in den neuen als auch den alten Bundesländern kaum (tabellarisch nicht ausgewiesen). In beiden Teilen Deutschlands weisen die kritikbereiten und die nichtkritikbereiten Demokraten jeweils ähnliche Profilunterschiede auf.

¹⁸ Ähnlich stellte Westle (1997) in einer repräsentativen Studie Anfang der 1990er Jahre eine größere Partizipationsfreudigkeit bei den kritikbereiten als bei den nichtkritikbereiten Befragten fest.

Erstaunlich ist auf den ersten Blick, dass auch die Befürworter eines undemokratischen Regierungssystems in hohem Ausmaß zur Verteidigung von Demokratie bereit sind. Möglicherweise haben auch jene Bürger, die ein Einparteiensystem oder eine Diktatur in Krisenzeiten befürworten, ein – wenn auch nicht im wissenschaftlichen Sinn konsistentes – Demokratieverständnis. Aufgrund der unterdurchschnittlichen Werte bei allen anderen Merkmalen dürfte die Bereitschaft der Personen mit undemokratischer Systempräferenz zur Verteidigung eines politischen Regimes, welches nach ihrer Definition demokratisch ist, nicht unbedingt demokratieförderlich sein. Verteidigungsbereitschaft bei geringer Informiertheit oder überdurchschnittlicher Entfremdung wird sich kaum positiv auf die Konsolidierung und Stabilität einer Demokratie auswirken. Allerdings zeigt diese Besonderheit auch, dass die Bürger mit undemokratischer Systempräferenz gesondert und detaillierter ausgewertet werden müssen als es im Rahmen dieses Beitrags möglich ist.

Bestätigt sich das Ergebnis, dass sich die Typen bezüglich ihrer Profile unterscheiden, in der multivariaten Analyse? Bei der multinomialen logistischen Regression muss, wie beschrieben, die Untersuchungsgruppe im Verhältnis zu einer Referenzgruppe analysiert werden (vgl. Abschnitt 4). Die Auswahl dieser Gruppe ist, so Andreß et al. (1997), „willkürlich und auch insofern unwichtig, als jederzeit eine Umrechnung der Modellgleichung auf eine andere Referenzkategorie möglich ist“ (Andreß et al. 1997: 301). In der Regel wird aber jene Gruppe als Referenzkategorie gewählt, deren Differenz zu den anderen Gruppen besonders interessiert. Die Analyse der Unterschiede von demokratischer Kritikbereitschaft und demokratischer Nichtkritikbereitschaft steht im Mittelpunkt dieses Beitrags.¹⁹ So wurde als Referenzgruppe der nichtkritikbereite, demokratische Typus gewählt.

Ziel des Modells 1 ist nicht die Erklärung der Typen, sondern die Suche nach dem Zusammenhang zwischen Typen und demokratiefreundlichen Merkmalen. Das Modell hat insgesamt eine mäßige Trennkraft für die Unterscheidung der Gruppen (Pseudo-R²: .10). Die soziodemographischen Daten werden wie beschrieben in Modell 2 als Kontrollfaktoren hinzugefügt (vgl. Abschnitt 4.2); 12 % der Varianz kann mit Modell 2 erklärt werden. Die folgende Tabelle stellt die Parameterschätzung dar (Tabelle 2).

¹⁹ Die Tatsache, dass auch unter den Befürwortern eines undemokratischen Systems Kritikbereitschaft vorkommt, kann daher vernachlässigt werden.

Tabelle 2: Merkmale unterschiedlicher Typen (Modell 1) unter Einbeziehung von Kontrollfaktoren (Modell 2); Parameterschätzung für multinomiale logistische Regression: Effektkoeffizient (Exp (B)), Standardfehler (SE) in Klammern

<i>Referenzgruppe: nichtkritikbereite Demokraten, N = 428</i>	Kritikbereite Demokraten N = 974		Nichtdemokraten N = 328	
	Modell 1	Modell 2	Modell 1	Modell 2
Merkmale				
Partizipation (hoch vs. niedrig)	1.56** (.13)	1.53** (.14)	1.29 (.16)	1.41* (.17)
Bereitschaft zur Demokratieverteidigung (groß vs. gering)	2.81** (.16)	2.80** (.17)	1.77** (.20)	1.82** (.21)
Informiertheit (gut vs. schlecht)	1.10 (.13)	1.14 (.13)	.96 (.16)	1.05 (.17)
Identifikation: Demokratie (stark vs. gering)	1.08 (.18)	1.02 (.19)	.62** (.20)	.58** (.21)
Identifikation: Politik (stark vs. gering)	1.10 (.13)	1.12 (.13)	.45** (.16)	.49** (.17)
Kompetenzgefühl (groß vs. gering)	.89 (.14)	.82* (.14)	.60** (.16)	.66** (.18)
Kontrollvariablen				
Bildung (mindestens Fachhoch- schulreife vs. bis Fach- hochschulreife)		1.13 (.14)		.80 (.18)
Berufliche Stellung (vs. Selbständige)				
Arbeiter		.88 (.29)		1.71 (.34)
Angestellte		.77 (.21)		.79 (.28)
Beamte		.63 (.28)		.38* (.46)
Andere		.93 (.27)		1.10 (.35)
Pseudo-R² (Nagelkerke)	.10**	.12**	.10**	.12**
N gesamt	1730	1640	1730	1640

Signifikanzniveaus: *p ≤ .05; **p ≤ .01

Quelle: DFG-Projekt (SFB 580) „Gesellschaftliche Entwicklungen nach dem Systemumbruch. Diskontinuität, Tradition und Strukturbildung“, Teilprojekt: „Lokale Eliten“, eigene Berechnung.

Sind nun Kritikbereitschaft und demokratieförderliche Merkmale auch bei einer multivariaten Schätzung kompatibel (Modell 1)? Es sind die Effektkoeffizienten (Exp (B)), welche die Wirkungsrichtung und -stärke der Variablen offenbaren. Diese Koeffizienten besagen, um welchen Wert sich die Wahrscheinlichkeitsverhältnisse, den kritikbereiten Demokraten bzw. dem Typus mit undemokratischer Systempräferenz anzugehören, verändern – bezogen auf die Referenzgruppe, also die nichtkritikbereiten Demokraten. Effektkoeffizienten, die größer als 1 sind, weisen auf eine Verschiebung in Richtung des untersuchten Typus hin und ein Wert unter 1 auf die Zugehörigkeit der Variable zur Referenzgruppe (z.B. Andreß 1997: 302). Das heißt zum Beispiel, dass – im Vergleich mit den Nichtkritikbereiten – die Wahrscheinlichkeit, ein kritikbereiter Demokrat zu sein, für politisch partizipierende Bürger 1,56 Mal höher ist als für nichtpartizipierende Bürger (wenn sie sich in allen übrigen Merkmalen gleichen). Die Partizipierenden dürften somit eher den kritikbereiten Demokraten angehören. Dasselbe gilt für die Bereitschaft, Demokratie in der Gemeinde zu verteidigen. Auch die Effektkoeffizienten für die Variable Informiertheit und Identifikation weisen in diese Richtung, sind allerdings nicht signifikant. Insgesamt kann bei der Partizipation und der Bereitschaft zur Demokratieverteidigung von einem signifikanten Einfluss auf das Wahrscheinlichkeitsverhältnis zugunsten der Kritikbereiten ausgegangen werden.

Die Befragten mit undemokratischer Systempräferenz unterscheiden sich demgegenüber bei mehreren Merkmalen signifikant von der Referenzgruppe. Das Wahrscheinlichkeitsverhältnis gegenüber den nichtkritikbereiten Demokraten, gut informiert, politisch und demokratisch identifiziert und kompetent zu sein, ist negativ. Ausnahmen sind lediglich die Demokratieverteidigung und die Partizipation (nicht signifikant). Das erstaunliche Ergebnis der höheren Bereitschaft zur Demokratieverteidigung wurde bereits diskutiert. Dieses Ergebnis lässt vermuten, dass die Bereitschaft zur Demokratieverteidigung als einziges Item nicht aussagekräftig genug ist; nur eine Demokratieverteidigung, die informiert ist und tatsächlich mit einer demokratischen Systempräferenz einhergeht, dürfte demokratieförderlich sein.

Im zweiten Modell wurden als Hintergrundfaktoren soziodemographische Variablen einbezogen. Der bivariate, tabellarisch hier nicht ausgewiesene Zusammenhang zwischen Bildungsabschluss und beruflicher Stellung einerseits und den Typen andererseits ist bei beiden Variablen signifikant.²⁰ Das formale Bildungsniveau der demokratischen Kritikbereiten ist das höchste unter den drei untersuchten Gruppen; die berufliche Stellung, unter-

20 Das monatliche Haushaltseinkommen wurde aufgrund der hohen Zahl an Missings (475) nicht berücksichtigt.

scheidet sich kaum von den nichtkritikbereiten Demokraten. Kritikbereite stammen nicht aus dem „Rand der Gesellschaft“, sondern gehören im Gegenteil gerade zu den gut gebildeten und gut situierten Bevölkerungsgruppen.

Das zentrale Ergebnis der multivariaten Analyse im Modell 2 lautet, dass die Partizipation sowie die Bereitschaft zur Demokratieverteidigung unabhängig vom soziodemographischen Status mit der Kritikbereitschaft zusammenhängen. Die in Modell 1 aufgetretenen Differenzen zwischen kritikbereiten und nichtkritikbereiten Demokraten verschwinden unter Einbeziehung soziodemographischer Merkmale nicht.

7. Diskussion und Ausblick

Der Ausgangspunkt dieses Artikels war die Frage, ob kritische Bürger eine demokratische Gefahr oder eine demokratische Ressource darstellen. Der Beitrag bearbeitete die Frage empirisch, indem er politische Typen entwickelte und deren Merkmalsprofile untersuchte. Politische Kritik wird in der Literatur überwiegend als Unzufriedenheit definiert, kann aber ebenfalls als normative Disposition verstanden werden (z.B. Westle 1997). Während Unzufriedenheit auch eine Reaktion auf politische Leistungen ist, meint Kritikbereitschaft die als individuelles Staatsbürgerideal internalisierte grundlegende normative Disposition, politischen Sachverhalten wachsam gegenüberzustehen – unabhängig von der tatsächlichen Zufriedenheit. Im Gegensatz zur herkömmlichen Operationalisierung von politischer Kritik als Unzufriedenheit rückte in diesem Beitrag die *normative Disposition, d.h. die Kritikbereitschaft*, in den Mittelpunkt. Unter Berücksichtigung demokratischer Überzeugungen wurden drei Typen konstruiert: kritikbereite Demokraten, nichtkritikbereite Demokraten sowie Bürger mit undemokratischer Systempräferenz. Analysiert wurde der Zusammenhang zwischen diesen Typen und folgenden Merkmalen, die in Demokratietheorien als Voraussetzung für eine gut funktionierende Demokratie betrachtet werden: politische Informiertheit, politische Partizipation, demokratische und politische Identifikation, internal efficacy sowie die Bereitschaft zur Demokratieverteidigung.

Die prozentualen Anteile der jeweils demokratieförderlichen Ausprägungen variieren, wie vermutet, deutlich zwischen den Typen, wobei ich mich im Folgenden auf die Unterschiede zwischen kritikbereiten und nichtkritikbereiten Demokraten konzentriere. Demokratieförderliche Profile weisen vor allem Personen mit einem wachsamem Staatsbürgerverständnis auf, also die kritikbereiten Demokraten. Sie sind besser informiert, partizipieren häufiger, identifizieren sich stärker mit der Politik und dem demokratischen System. Weiterhin sind sie häufiger zur Demokratieverteidigung bereit als nichtkritikbereite Demokraten. Die Unterschiede bei den Merkmalsprofilen zwischen den kritikbereiten und den nichtkritikbereiten Demokraten lassen sich sowohl in der etablierten Demokratie Westdeutschlands als

auch in der jungen Demokratie Ostdeutschlands feststellen. Diese Differenzen dürften somit weder eine Besonderheit etablierter noch junger Demokratien sein. Einschränkend ist anzumerken, dass die Differenzwerte relativ niedrige Werte erreichen. Sie lagen zwischen 1 und 14 Prozentpunkten.

In der multivariaten Analyse beschränken sich die Differenzen bei den Merkmalsprofilen auf zwei signifikante Unterschiede zwischen den kritikbereiten und den nichtkritikbereiten Demokraten: die Partizipation und die Demokratieverteidigung. Die Frage, ob Kritikbereitschaft zu überdurchschnittlicher Demokratieverteidigung und zu Partizipation führt oder ob die Kausalrichtung in die entgegen gesetzte Richtung verläuft, kann derzeit weder theoretisch noch empirisch eindeutig beantwortet werden. Längerfristige Zeitreihenanalysen wären zur Beantwortung nötig.

Die Profilunterschiede zwischen kritikbereiten und nichtkritikbereiten Demokraten verschwinden auch nicht bei der Einbeziehung soziodemographischer Faktoren als Kontrollvariablen. Kritikbereite gehören überwiegend zu den gebildeten Bevölkerungsgruppen, doch bleibt der Zusammenhang zwischen Kritikbereitschaft und demokratiefreundlichen Merkmalen auch unter Einbeziehung dieser Kontrollvariable bestehen. So sind kritikbereite Demokraten *aller* sozioökonomischen Statusgruppen überdurchschnittlich partizipationsfreudig und zur Demokratieverteidigung bereit.

Es gibt keinerlei Hinweise, dass Kritikbereitschaft zu einer ernsthaften Krise oder gar einem Zusammenbruch der Demokratie führen würde. Auf die Gefahrlosigkeit der demokratischen Kritikbereiten verweisen nicht nur deren Merkmalsprofile, sondern auch die Sozialstrukturanalyse. Revolutionäre Umbrüche sind von den Kritikbereiten kaum zu erwarten. Sie scheinen eher eine Gruppe zu sein, welche hinsichtlich ihrer Statuszugehörigkeit eine relativ sichere Position in der Gesellschaft hat, Politik überdurchschnittlich „ernst nimmt“ und sich bereitwillig sowie kenntnisreich für Demokratie einsetzt.

Je nach Demokratievorstellung dürften kritikbereite demokratische Bürger als demokratische Ressource oder als potenzielle Systemüberforderung wahrgenommen werden. Sie entsprechen eindeutig dem Staatsbürgerideal partizipationsorientierter Theorien und werden aus deren Sicht als Potenzial zur Weiterentwicklung von Demokratie gesehen. Aus der Perspektive von repräsentationsorientierten Ansätzen wird die Einschätzung des demokratischen Potenzials dieser Gruppe vermutlich gemischt ausfallen. Denn gerade dieser Typus könnte, so die Vertreter dieser Richtung, mit seiner Partizipationsfreude negative Auswir-

kungen auf Effizienz und Effektivität haben und das politische System auf Dauer zu stark belasten.²¹

Was bedeuten diese Ergebnisse nun für die weitere Forschung? Sofern sich die Ergebnisse auch in repräsentativen Studien als robust erweisen, sollte die grundlegende Disposition der Kritikbereitschaft als Ressource für die Konsolidierung, Stabilität und Weiterentwicklung eines demokratischen Systems verstärkt wissenschaftliche Aufmerksamkeit erhalten. Nicht nur Unterstützung und Zufriedenheit im Sinne älterer Ansätze oder Unzufriedenheit, wie die neuere Forschung vermutet, wären als Indikatoren für demokratische „Gesundheit“ zu bewerten, sondern (auch) die grundlegende Disposition zu Kritik. Dies hieße auch, nicht nur „support“ und „demand“ zu berücksichtigen, sondern auch die grundlegende Bereitschaft, sich wachsam mit dem politischen Geschehen auseinander zu setzen und eventuell auch zu intervenieren.²²

Der Beitrag bezog sich auf Fallstudien und müsste in repräsentativen Befragungen und idealiter darüber hinaus auch international und in Zeitreihenanalysen überprüft werden. Schließlich wäre es notwendig, die substantiellen Effekte kritikbereiter Bürger auf die Funktionsweise eines demokratischen Systems sowie auf die Qualität seiner Politik und damit auf die Policys genauer zu untersuchen. Diese Überlegungen verweisen auf ein generelles Problem der Forschung. Die Zusammenhänge zwischen politischen Orientierungen der Bürger und der Leistungsfähigkeit eines demokratischen Systems sind nach wie vor eine black box (mit wenigen Ausnahmen: Putnam 1993; Inglehart/Welzel 2005). Eine Forschung, welche die demokratierelevanten Aspekte von Kritikbereitschaft stärker in den Vordergrund stellt, steht vor einer Vielzahl an wissenschaftlich spannenden und demokratietheoretisch sowie demokratiepraktisch sinnvollen Aufgaben.

21 Mit dem Forschungsdesign und dem Ergebnis der Studie kann nicht die Frage geklärt werden, ob junge oder etablierte Demokratien mehr oder weniger Kritikbereitschaft für ihr gutes Funktionieren benötigen. Auch bei Easton (1965), Almond und Verba (1963) sowie anderen einschlägigen Autoren musste die Frage, wann der „kritische Punkt“ überschritten wird und der notwendige Input die Funktionsfähigkeit eines politischen Systems beeinträchtigt, offen bleiben. Empirisch ist dieser Punkt generell nur schwer erfassbar (Fuchs 2002: 350).

22 Vergleiche zum Verhältnis von politischer Involvierung und demokratischer Identifikation auch Gabriel (2002).

Literatur

- ALLBUS (1998): Zentralarchiv für empirische Sozialforschung: Zentralarchiv für empirische Sozialforschung. Köln.
- Almond, Gabriel/Sidney Verba (1963): *The Civic Culture: Political Attitudes and Democracy in Five Nations*. Newbury Park, CA.: Sage Publications.
- Andreß, Hans-Jürgen/Jacques A. Hagenaars/Steffen Kühnel (1997): *Analyse von Tabellen und kategorialen Daten*. Berlin: Springer.
- Arzheimer, Kai (2002): *Politikverdrossenheit. Bedeutung, Verwendung und empirische Relevanz eines politikwissenschaftlichen Begriffs*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Axtmann, Roland (2001): *Balancing Democracy*. London u.a.: Continuum.
- Backhaus, Klaus/Bernd Erichson/Wulff Plinke/Rolf Weiber (2003): *Multivariate Analysemethoden*. Berlin u.a.: Springer.
- Barber, Benjamin (1984): *Strong Democracy*. Berkeley: University of California Press.
- Barnes, Samuel/Max Kaase (1979): *Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies*. Beverly Hills, CA. u.a.: Sage Publications.
- Berg-Schlosser, Dirk/Rytlewski, Ralf (1993): *Political Culture in Germany: A Paradigmatic Case*. In: *Political Culture in Germany*, edited by D. Berg-Schlosser and R. Rytlewski. Houndsmill: Macmillan Press, S. 3-12.
- Berg-Schlosser, Dirk (2002): *Demokratische Persönlichkeit*. In: Martin Greiffenhagen/Sylvia Greiffenhagen (Hrsg.), *Handwörterbuch zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 85-91.
- Billerbeck, Liane von (2003): *Feine Risse im Fundament. In Thüringen wächst die Demokratie-Verdrossenheit. Jeder Fünfte hätte nichts gegen eine Diktatur*. In: *Die ZEIT*, 27.11.2003.
- Brüderl, Josef (2000): *Regressionsverfahren in der Bevölkerungswissenschaft*. In: Ulrich Müller/Bernhard Nauck/Andreas Diekmann (Hrsg.), *Handbuch der Demographie 1. Modell und Methoden*. Berlin et al.: Springer Verlag, S. 589-643.
- Budge, Ian (1996): *The New Challenge of Direct Democracy*. Cambridge, U.K.: Polity Press.
- Citrin, Jack (1974): *Comment: The Political Relevance of Trust in Government*. *American Political Science Review* 68, S. 973-988.
- Cohen, Jean (1999): *Trust, Voluntary Association and Workable Democracy: the Contemporary American Discourse of Civil Society*. In: *Democracy and Trust*, edited by M. E. Warren. Cambridge: University Press, S. 208-248.
- Crozier, Michel J./Samuel P. Huntington/Joji Watanuki (1975): *The Crisis of Democracy*. New York: New York University Press.
- Dalton, Russell J. (2002): *Citizen Politics: Public Opinion and Political Parties in Advanced Industrial Democracies*. New York u.a.: Seven Bridges Press.
- Dalton, Russell J. (2004): *Democratic Challenges, Democratic Choices. The Erosion of Political Support in advanced Industrial Democracies*. Oxford: Oxford University Press.
- Delli Carpini, Michael X./Scott Keeter (1996): *What Americans know about politics and why it matters*. New Haven, CT: Yale University Press.

- Deth, Jan van (2003): Vergleichende politische Partizipationsforschung. In: Dirk Berg-Schlosser/ Ferdinand Müller-Rommel (Hrsg.), *Vergleichende Politikwissenschaft*. Opladen: Leske + Budrich, S. 167-88.
- Easton, David (1965): *A Systems Analysis of Political Life*. New York u.a.: Wiley.
- (1975): A Re-Assessment of the Concept of Political Support. In: *British Journal of Political Science* 5, 4, S. 435-57.
- Eisen, Andreas/Kaase, Max (1996): Transformation und Transition: Zur politikwissenschaftlichen Analyse des Prozesses der deutschen Vereinigung. In: *Politisches System. Berichte zum sozialen und politischen Wandel in Ostdeutschland*, edited by M. E. Kaase, Andreas/ Gabriel, Oscar W./ Niedermayer, Oskar/ Wollmann, Hellmut. Opladen: Leske + Budrich, S. 5-46.
- Fuchs, Dieter (1989): *Die Unterstützung des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- (2002): Die politische Theorie der Systemanalyse: David Easton. In: Andre Brodocz/Gary S. Schaal (Hrsg.), *Politische Theorien der Gegenwart I*. Opladen: Leske + Budrich, S. 345-70.
- Gabriel, Oscar W./Frank Brettschneider/Angelika Vetter (1997): *Politische Kultur und Wahlverhalten in einer Großstadt*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Gabriel, Oscar W. (1999): Das Volk als Gesetzgeber: Bürgerbegehren und Bürgerentscheide in der Kommunalpolitik aus der Perspektive der empirischen Forschung. *Zeitschrift für Gesetzgebung*, S. 299-331.
- Gabriel, Oscar W. (2000a): Demokratische Einstellungen in einem Land ohne demokratische Traditionen? Die Unterstützung der Demokratie in den neuen Bundesländern im Ost-West-Vergleich. In: Jürgen Falter/Oscar W. Gabriel/Hans Rattinger (Hrsg.), *Wirklich ein Volk? Die politischen Orientierungen von Ost- und Westdeutschen im Vergleich*. Opladen: Leske + Budrich, S. 41-78.
- (2000b): Ein demokratischer Konsens in Ost und West? In: *Der Bürger im Staat* 50, S. 196-202.
- (2002): Politische Unterstützung. In: Martin Greiffenhagen/Sylvia Greiffenhagen (Hrsg.), *Handwörterbuch zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 477-83.
- Geißel, Brigitte (2003): Lokale und nationale politische Kultur im vereinten Deutschland. Theoretischer Zugang und Forschungsdesign der Bevölkerungsbefragung. In: Brigitte Geißel/Heinz Sahner/Katja Pähle (Hrsg.), *Lokale politische Eliten*, SFB 580 Mitteilungen. S. 25-32.
- Häder, Sabine/Siegfried Gabler (1998): Ein neues Stichprobendesign für telefonische Umfragen in Deutschland. In: Sabine Häder/Siegfried Gabler/Jürgen H.P. Hoffmeyer-Zlotnik (Hrsg.), *Telefonstichproben in Deutschland*. Opladen: S. 69-88.
- Hardin, Russell (1999): Do we want trust in government? In: Mark E. Warren (Hrsg.), *Democracy and Trust*. Cambridge: University Press, S. 22-41.
- (2002): *Trust and Trustworthiness*. New York: Russell Sage Foundation.
- de Haan, Gerhard/Udo Kuckartz (1996): *Umweltbewusstsein. Denken und Handeln in Umweltkrisen*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Heater, Derek (2004): *Citizenship. The Civic Ideal in World History, Politics, and Education*. Manchester, New York: Manchester University Press.

- Hofferbert, Richard I./Hans-Dieter Klingemann (2000): Democracy and Its Discontents in Post-Wall Germany. Berlin: Discussion Paper FS III 00-207, Wissenschaftszentrum Berlin (WZB).
- Inglehart, Ronald/Christian Welzel (2005): Die Perspektive der Humanentwicklung. In: Politische Vierteljahresschrift 46, 1, S. 62-85.
- Kaase, Max/Kenneth Newton (1995): Beliefs in Government. Oxford, U.K.: Oxford University Press.
- Klingemann, Hans-Dieter (1999): Mapping Political Support in the 1990s: A Global Analysis. In: Norris, Pippa (Hg.), Critical Citizens. Global Support for Democratic Governance. Oxford, U.K.: Oxford University Press, S. 31-56.
- Lockerbie, Brad (1993): Economic dissatisfaction and political alienation in Western Europe. In: European Journal of Political Research 23, S. 281-93.
- Niedermayer, Oskar/Bettina Westle (2000): Demokratie und Partizipation. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Niedermayer, Oskar (2001): Bürger und Politik. Politische Orientierungen und Verhaltensweisen der Deutschen. Eine Einführung. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Norris, Pippa (1999): Critical Citizens: Global Support for Democratic Governance. Oxford, U.K.: Oxford University Press.
- Nye, Joseph S. (1999): Foreword. In: Critical Citizens. Global Support for Democratic Governance, edited by P. Norris. Oxford: Oxford University Press, v-vi.
- Opp, Karl-Dieter et al. (1984): Soziale Probleme und Protestverhalten. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Parry, Geraint (1976): Trust, Distrust, and Consensus. British Journal of Political Science 6, S. 129-142.
- Pateman, Carole (1970): Participation and Democratic Theory. Cambridge u.a.: Cambridge University Press.
- Putnam, Robert D. (1993): Making Democracy Work. Civic Traditions in Modern Italy. Princeton, N.J.: Princeton University Press.
- Reef, Mary Jo/David Knoke (1999): Political Alienation and Efficacy. In: John P. Robinson/Phillip R. Shaver/Lawrence S. Wrightsman (Hrsg.), Measures of Political Attitudes. San Diego et al.: Academic Press, S. 413-64.
- Reißig, Rolf (1997): Transformationsforschung: Gewinne, Defizite, Perspektiven. In: Einheit und Differenz. Die Transformation Ostdeutschlands in vergleichender Perspektive, edited by J. W. Wielgohs, Helmut. Berlin: Berliner Debatte Wissenschaftsverlag, S. 188-213.
- Robinson, John P./Phillip R. Shaver/Lawrence S. Wrightsman (Hrsg.) (1999): Measures of Political Attitudes. San Diego et al.: Academic Press.
- Rucht, Dieter (2001): Soziale Bewegungen als Signum demokratischer Bürgergesellschaft. In: Legewie, Claus/Richard Münch (Hrsg.), Politik im 21. Jahrhundert. Frankfurt/Main: Suhrkamp, S. 321-36.
- Schnell, Rainer/Hill, Paul B./Esser, Elke (1999): Methoden der empirischen Sozialforschung. München: Oldenbourg.

- Schmitz, Sven-Uwe (2000): Homo democraticus. Demokratische Tugenden in der Ideengeschichte. Opladen: Leske + Budrich.
- Schumpeter, Joseph A. (1950): Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie. Bern: A. Francke AG Verlag.
- Seligson, Mitchell A./Julio F. Carrion (2002): Political Support, Political Skepticism, and Political Stability in New Democracies. An Empirical Examination of Mass Support for Coup d'Etat in Peru. In: Comparative Political Studies 35, 1, S. 58-82.
- Sniderman, Paul M. (1975): Personality and Democratic Politics. Berkeley: University of California Press.
- (1981): A Question of Loyalty. Berkeley u.a.: The University of California Press.
- Thompson, Dennis F. (1970): The Democratic Citizen. Cambridge: Cambridge University Press.
- Uehlinger, Hans-Martin (1988): Politische Partizipation in der Bundesrepublik: Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Urban, Dieter (1993): Logit-Analyse. Statistische Verfahren zur Analyse von Modellen mit qualitativen Response-Variablen. Stuttgart et al.: Gustav Fischer Verlag.
- Vetter, Angelika (1997): Political Efficacy: Alte und neue Messmodelle im Vergleich. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 49, 1, S. 53-73.
- (2002): Lokale Politik und die Sozialisation demokratischer Einstellungen in Europa. In: Politische Vierteljahresschrift 43, 4, S. 606-23.
- Westheimer, Joel/Joseph Kahne (2004): Educating the „Good“ Citizen: Political Choices and Pedagogical Goals. In: Political Science and Politics 37, 2, S. 241-46.
- Westle, Bettina (1989): Politische Legitimität – Theorien, Konzepte, empirische Befunde. Baden-Baden: Nomos.
- (1997): Politische Folge- und Kritikbereitschaft der Deutschen. In: ZUMA-Nachrichten 21, 41, S. 100-26.
- (1999): Kollektive Identität im vereinten Deutschland. Opladen: Leske + Budrich.

Anhang I

Tabelle 3: Systempräferenzen, Angaben in Prozent

	Notstandsdictatur		Einparteiensystem	
	Ablehnung	Zustimmung	Ablehnung	Zustimmung
Befragte aus Kommunen in Nordrhein-Westfalen	91,8 (N = 894)	8,2 (N = 80)	91,0 (N = 904)	9,0 ²³ (N = 89)
Befragte aus Kommunen in Sachsen Anhalt	81,8 (N = 795)	18,0 (N = 175)	89,6 (N = 872)	10,2 (N = 99)

Tabelle 4: Einstellungen zu Bürgerpflichten (Kritikbereitschaft) in Prozent

	Bürgerpflicht: Protest gegen ungerechte Vorhaben des Stadtrats/Kreistags	Bürgerpflicht: Wachsamkeit gegenüber lokalen Politikern
Befragte aus Kommunen in Nordrhein-Westfalen	75,5 (N = 744)	91,5 (N = 914)
Befragte aus Kommunen in Sachsen-Anhalt	69,8 (N = 684)	89,7 (N = 894)

²³ Die geringen Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen beim Einparteiensystem sind erstaunlich. Andere Studien weisen auf eine deutlichere Befürwortung des Einparteien-Systems im Osten im Jahr 2000 hin. Allerdings hatten noch zu Beginn der 1990er Jahre die Ost- und Westdeutschen ähnliche Ansichten vertreten (Niedermayer 2001: 86). Möglicherweise verläuft die Entwicklung der Einstellungen nicht linear.

Anhang II: Operationalisierung der Variablen

Die dokumentierten Variablen wurden dem DFG-Projekt (SFB 580) „Gesellschaftliche Entwicklungen nach dem Systemumbruch. Diskontinuität, Tradition und Strukturbildung“, Teilprojekt: „Lokale Eliten“ entnommen (vgl. zur multiplikativen Indexbildung Abschnitt 4).

Systempräferenz

Index aus: „In Krisenzeiten sollten alle Entscheidungen ausschließlich durch eine Person getroffen werden und nicht durch die Abstimmung vieler“ und „Weil das Mehrparteiensystem nur Chaos verursacht, sollten Entscheidungen ausschließlich von einer Partei getroffen werden“ (z.B. in Anlehnung an Robinson et al. 1999). Jene Befragten mit mindestens einer „stimme zu“-Antwort wurden als „Nichtdemokraten“ kategorisiert.

Kritikbereitschaft

Index aus: „Auch in einer Demokratie hat der Bürger Verpflichtungen gegenüber seiner Stadt/seinem Kreis und den Mitbürgern. Sagen Sie mir bitte, ob Sie die folgenden Aspekte für eine Pflicht der Bürger halten oder nicht: (1) gegenüber den lokalen Politikern wachsam sein; (2) gegen Vorhaben des Stadtrats/Kreistags, die man für schlecht hält, öffentlich zu protestieren“ (vgl. Westle 1997). Jene Befragten, die beide Fragen mit „Ist eine Bürgerpflicht“ beantworteten, wurden als kritikbereit kategorisiert.

Politische Informiertheit

Index aus: „Kennen Sie den Namen Ihres Oberbürgermeisters/Landrats? Nennung des Namens (Richtige/falsche Namensnennung)“, „Nehmen Sie lokale politische Ereignisse und Probleme eher stärker oder eher schwächer wahr?“, „Wenn Sie in einer lokalen Angelegenheit, die ihnen wichtig ist, Einfluss nehmen und ihren Standpunkt zur Geltung bringen wollen: Welche Möglichkeiten würden Sie dann nutzen?“ (offene Frage) (z.B. Delli Carpini/Keeter 1996 nach Robinson et al. 1999; Barnes/Kaase 1979). Jene Befragten mit mindestens zwei kenntnisreichen Antworten (Name des Bürgermeisters richtig, Wahrnehmung lokaler Ereignisse, Kenntnis mindestens einer Beteiligungsform) wurden als „gut informiert“ kategorisiert.

Partizipation

Index aus: „Sind Sie bei der letzten Kommunalwahl wählen gegangen?“ (Ja, Nein), „Haben Sie in den letzten beiden Jahren, also seit Sommer 2000, aktiv in einer politischen Partei mitgearbeitet?“ (Ja, Nein), „Im Folgenden nenne ich Ihnen einige Möglichkeiten, sich politisch zu beteiligen. Sagen Sie mir jeweils, wie häufig Sie sich in den letzten beiden Jahren, also seit Sommer 2000, beteiligt haben: Schreiben von Petitionen oder Eingaben, Persönliche Kontakte mit Politikern, Beteiligung in Bürgerinitiativen, Teilnahme an Unterschriftenaktionen, Teilnahme an nicht genehmigten sowie an genehmigten Demonstrationen und das Einleiten von Bürgerbegehren“ (vgl. zur Systematisierung Uehlinger 1988;

ALLBUS 1998). Jene Befragten, die neben dem Wahlakt mindestens einen weiteren politischen Aktivitätsposten aufwiesen, wurden als „politisch aktiv“ kategorisiert.

Identifikation

Politische Identifikation gilt häufig als Form politischer Unterstützung und wird mithilfe von Fragen zur politischen Zufriedenheit bzw. des politischen Vertrauens gemessen.²⁴ Derartige Fragestellungen sind mit dem theoretischen Ansatz dieser Studie nicht kompatibel. Ich gehe nicht davon aus, dass politische Zufriedenheit per se als Zeichen von demokratischer politischer Identifikation oder vice versa Unzufriedenheit als Zeichen von demokratischer Entfremdung zu werten sind. Vielmehr kann eine vollständige politische Zufriedenheit auf eine Entfremdung von demokratischen Prinzipien hindeuten und kein Garant für die demokratische Konsolidierung eines (jungen) demokratischen Systems sein. Vollständige Zufriedenheit mit der existierenden Demokratie korrelierte beispielsweise in einer Studie über Peru am deutlichsten mit der Zustimmung zu nichtdemokratischen Regimen (Seligson/Carrion 2002). Indikatoren zur Zufriedenheit sind somit im Rahmen dieser Studie zur Messung von Identifikation nicht anwendbar. Von Interesse ist vielmehr, ob die Befragten den Eindruck haben, dass zwischen ihnen und demokratischer Politik eine Verbindung besteht. Deshalb wird hier erstens nach der Identifikation mit der lokalen Demokratie gefragt: „Für Leute wie mich ist es egal, ob die lokale Politik demokratisch ist oder nicht.“ (1 = stimme nicht zu, 2 = stimme zu.). Diejenigen Befragten, die dieser Aussage nicht zustimmten, erhielten die Bezeichnung „demokratische Identifikation“. Zweitens wird Identifikation mit der lokalen Politik erfasst: „Egal, was in der lokalen Politik vorgeht, für mich ändert sich dadurch nichts.“ (1 = stimme nicht zu, 2 = stimme zu.). Diejenigen Befragten, die dieser Aussage nicht zustimmten, wurden der Gruppe mit „politischer Identifikation“ zugeordnet.

Kompetenzgefühl²⁵

„Die lokale Politik ist so kompliziert, dass jemand wie ich nicht versteht, was vorgeht.“ (1 = Stimme nicht zu, 2 = stimme zu). Bei jenen Befragten, welche diese Aussage verneinten, wurde eine hohe internal efficacy angenommen.

Bereitschaft zur Verteidigung von Demokratie

„Auch in einer Demokratie hat der Bürger Verpflichtungen gegenüber seiner Stadt/seinem Kreis und den Mitbürgern. Sagen Sie mir bitte, ob Sie die folgenden Aspekte für eine Pflicht der Bürger halten oder nicht: Die Demokratie in Ihrer Stadt/Ihrem Kreis gegenüber ihren Gegnern verteidigen.“ (1 = ist eine Bürgerpflicht, 2 = ist keine Bürgerpflicht). Befragte, die die mit der Ausprägung „ist eine Bürgerpflicht“ antworteten, wurden als „bereit zur Verteidigung lokaler Demokratie“ kategorisiert.

24 Politische Entfremdung wurde beispielsweise anhand der Fragestellung untersucht: „On the whole, are you satisfied, fairly satisfied, not very satisfied or not at all satisfied with the way democracy works in your country?“ (z.B. Lockerbie 1993).

25 Zur Problematik der Messung von internal efficacy siehe Robinson et al. 1999; Vetter 1997; Barnes/Kaase 1979.